

V0776/19
öffentlich



AfD Kreisverband IN/Ei – Postfach 100 331 – 85003 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Ulrich Bannert
Postfach 100 331
85003 Ingolstadt

Datum 16.09.2019
Telefon (0841) 66 22 7
E-Mail ulrich.bannert@t-online.de

Gremium	Sitzung am
Beirat für Gleichstellungsfragen	28.01.2020
Beirat für Gleichstellungsfragen	24.09.2019

Queer in Ingolstadt - Änderungsantrag von Stadtrat Bannert vom 23.09.2019

Antrag:

Der Antrag der Grünen vom 13. September:

Sie fordern mit Ihrem Antrag, dass die Stadtverwaltung und Kommunalpolitik die Interessen von QUEER-Interessierten aktiv aufnimmt und hält es für wünschenswert, dass Anlaufstellen für "LGTBIQ" in Ingolstadt und der Stadtverwaltung sichtbar gemacht werden, **dieser Antrag wird abgelehnt und nicht weiterverfolgt.**

..... und wenn, sollte man so einen Antrag erstmal im Ältestenrat gemeinsam besprechen!

Begründung:

1. Die Stadtverwaltung wird zum Xten Male durch derartige Schaufensteranträge der Grünen zusätzlich unnötig mit massivem Arbeits- und Zeitaufwand belastet.
2. Und jetzt zu Ihrem Antrag:

Dies stellt eine legitime SUBJEKTIVE MEINUNG dar, jedoch betreiben die Grünen mit ihrer Initiative klar erkennbar eine OFFENSIVE KLIENTELPOLITIK für eine gesellschaftliche Minderheit, deren Wählerstimmen sie auf sich zu bündeln suchen. Das taktische Vorgehen folgt der altbekannten "OPFERGRUPPEN"-STRATEGIE. Sie ist seit Jahrzehnten erfolgreich, weil man Widerspruch mit dem medial verstärkten Vorwurf von angeblicher NS-Affinität niederschlagen kann.

An dieser Stelle gilt es zu betonen, dass wir hier den Versuch beobachten wie EINE VERSCHWINDEND GERINGE MINDERHEIT ihre Befindlichkeiten der gesellschaftlichen Mehrheit aufs Auge drücken will.. Der Anteil von LGTBIQ in der Gesellschaft wird von den Lobbygruppen regelmäßig übertrieben, wie die nationale US-Gesundheitsstudie aus dem

Jahr 2014 zeigt: MAXIMAL 3,3% der Bevölkerung sind betroffen (Quelle: <https://www.pro-medienmagazin.de/gesellschaft/gesellschaft/2014/10/31/deutlich-weniger-homosexuelle-als-gedacht/>).

Lobbygruppen sprächen regelmäßig von 10% der Bevölkerung.

Die Übertreibung durch Lobbyorganisationen zeigt sich in der Veröffentlichung von "Queer" (Quelle: https://www.queer.de/detail.php?article_id=27318), laut derer, einer Umfrage des Berliner Marktforschungsinstituts Dalia Research zufolge, in Deutschland 7,4 Prozent als LGBT betroffen sind. Dass die Zahlen durch Lobbygruppen nach oben korrigiert werden versteht sich von selbst, denn immerhin soll in der politischen Auseinandersetzung ein großes Wählerstimmen RESERVOIR VORGEGAUKELT werden.

Als AfD-Stadtrat- und auch der gesamte AfD-Kreisverband IN/EI lehnt eine Implementierung von Queer-Strukturen in Ingolstadt ab.

Entsprechende Vorstöße der Grünen stellen den Versuch dar, die Gesellschaft und ihre Strukturen mit Ihrer WELTANSCHAULICHEN AGENDA ZU DURCHDRINGEN UND DIE POLITISCHE REICHWEITE AUSZU-DEHNEN.

Dies zeigt auch das Verlangen, das QUEER-Thema in die Ausschüsse für Soziales und Jugendhilfe aufzunehmen. Die Führungspositionen entsprechender "Opfergruppen" sind regelmäßig mit ROT-GRÜNEN KADERN besetzt, welche sich schnell mit anderen Knotenpunkten roter Strukturen vernetzen.

SEXUALITÄT HAT EINE PRIVATANGELEGENHEIT ZU BLEIBEN UND SOLLTE NICHT UNNÖTIG POLITISIERT WERDEN.

LGBT-Betroffene sollten abwägen, ob sie sich von roten Kadern zu deren Nutzen instrumentalisieren lassen wollen.

Bekanntlich lehnte ich als AfD-Stadtrat auch jede Form kindlicher FRÜHSEXUALISIERUNG in Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen ab. Kinder sollten weiterhin nicht institutionell an seltene sexuelle Vorlieben herangeführt werden, welche i.d.R. zu einer schweren Verunsicherung des kindlichen Reifungsprozesses führt. Zu diesem Aspekt lohnt sich die Lektüre des Welt-Artikels von 2016 "Kinder sollen Analsex in der Schule spielen"

(Quelle: <https://www.welt.de/regionales/nrw/article156317177/Kinder-sollen-Anal-sex-in-der-Schule-spielen.html>)

Studien aus den USA illustrieren die VERUNSICHERUNG die im Menschen durch LGBT-Propaganda erzeugt wird: eine Studie des National Center for Transgender Equality aus dem Jahre 2015 ergab, dass unter 27.715 TRANSGENDER PERSONEN bereits 40% MINDESTENS EINEN SUIZIDVERSUCH unternommen hatten. Damit liegt die Rate zehnmal höher als bei heterosexuellen Personen.

(Quelle: <https://gay.ch/news/studie-erschreckende-40-prozent-aller-transgender-unternehmen-einen-suizidversuch>).

Derartig verhängnisvollen Entwicklungen trete ich als AfD-Stadtrat mit meiner ganzen Partei entgegen und lehne die Einrichtung entsprechender Agitationsplattformen in Ingolstadt ab. Sie dienen klar der politischen Vorfeldarbeit.

Personaldebatten um Daniel Cohn-Bendit und die Vorkommnisse um die Odenwaldschule (Mißbrauchsoffer Dunkelfeld 500 bis 900 Personen)

(Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/odenwaldschule-mehr-missbrauchsfaelle-a-ls-angenommen.1769.de.html?dram:article_id=442114)

zeigen, dass DIE GRÜNEN sich traditionell zu Fürsprechern PROBLEMATISCHER SEXUALISIERUNGS-VORSTELLUNGEN machen bzw. es ihnen nicht gelingt, sich von diesem Graufeld zu lösen und sich stattdessen besser auf Ihre Kernkompetenzen, die Biene und das AKW beschränken sollten.

Die beharrliche Betätigung der Grünen auf dem Feld der Sexualisierung jeglicher Art zeugt vom UNHEILVOLLEN EINFLUß DER NEOMARXISTISCHEN FRANKFURTER SCHULE für Sozialforschung (Adorno, Horkheimer) auf die weltanschauliche Prägung der grünen Kader.

Diese Problematik sollte allen konservativen Kräften in der Gesellschaft langsam klar werden, zumal man sich hier mit hochkritischen Koalitions-Phantasien liebäugelt.

Ich, als Ingolstädter AfD-Stadtrat, weise bewusst auf die oben ausgeführte Begründung hin und appelliere an die Weitsicht und das Verantwortungsbewusstsein aller vernünftigen Stadtratsmitglieder.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Ulrich Bannert
Stadtrat